Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9338**

17. Wahlperiode 18. 04. 2012

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Elisabeth Scharfenberg, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9230 –

Ortsübliche Vergütung und Mindestlohn in der Pflegebranche

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungsgesetz – PNG) beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung in § 72 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI). Danach soll die bislang geltende Regelung zur Koppelung des Abschlusses eines Versorgungsvertrages für Pflegeeinrichtungen an die Zahlung einer ortsüblichen Vergütung für die Beschäftigten nicht mehr gelten, sofern für die Beschäftigten eine Verordnung über Mindestentgeltsätze aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes greift. In der Pflegebranche ist dies die Regelung zum sog. Pflegemindestlohn. Dieser gilt seit dem 1. August 2010 und ist in der Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche (Pflegearbeitsbedingungenverordnung – PflegeArbbV) geregelt.

Diese Gesetzesänderung könnte Auswirkungen auf die Gehaltsstrukturen im Pflegebereich und auf die Attraktivität der Pflegeberufe haben. So kritisiert beispielsweise die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 9. Februar 2012 „Streit um Pflege-Mindestlohn“), Arbeitgeber könnten durch die geplante Neuregelung versucht sein, die Löhne zu drücken. Dies gelte vor allem für ländliche Regionen, wo es nur wenige Krankenhäuser oder Pflegeheime gebe. Die geplante Neuregelung sei „ein völlig falsches Signal angesichts des sich abzeichnenden Mangels an Pflegekräften, wenn der ortsübliche Vergleichslohn entfällt und nur der Mindestlohn als Auffanglinie bleibt“ (ebd.).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Am 28. März 2012 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz – PNG) beschlossen. Mit diesem Gesetzentwurf bereitet die Bundesregierung die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auch im Bereich der pflegerischen Versorgung vor und leitet notwendige Reformschritte bei der Verbesserung der

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 16. April 2012 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Versorgung für demenziell erkrankte Menschen und für pflegende Angehörige sowie zur Flexibilisierung der Leistungen aus der Pflegeversicherung ein. Mit der Änderung in § 72 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) ist beabsichtigt, die Verpflichtung zugelassener Pflegeeinrichtungen zur Zahlung der ortsüblichen Vergütung auf die Fälle zu begrenzen, in denen sie nicht zur Zahlung eines Mindestentgelts nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) verpflichtet sind. Ergänzend erfolgt mit dem PNG eine Klarstellung zur Finanzierung der Personalaufwendungen in den §§ 84 und 89 SGB XI.

Soweit die Anfrage lediglich die Neuregelungen in § 72 Absatz 3 SGB XI anspricht, geht sie offenbar von der Fassung des Referentenentwurfs vom 20. Januar 2012 aus. In dem vom Kabinett beschlossenen Entwurf des PNG vom 28. März 2012 sind jedoch weitere Klarstellungen in den §§ 84 und 89 SGB XI vorgenommen worden.

1. Hält die Bundesregierung an der im Entwurf des PNG vorgesehenen Änderung des § 72 Absatz 3 SGB XI fest?

   Wenn ja, aus welchen Gründen ist nach Ansicht der Bundesregierung die ortsübliche Vergütung als weitere Lohnuntergrenze entbehrlich geworden (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 17/8699)?

Ja, die Bundesregierung hält an der Änderung fest.

Mit der Neuregelung in § 72 Absatz 3 SGB XI wird die Pflicht zur Zahlung der ortsüblichen Vergütung auf die Fälle reduziert, in denen keine Verpflichtung zur Zahlung eines nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz festgesetzten Mindestentgelts besteht. Dies ist beispielsweise bei Betreuungskräften oder Küchenkräften der Fall, aber auch bei Pflegepersonen, die aus dem Anwendungsbereich der Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche ausgenommen sind.

Durch die Begrenzung der Regelung auf die Gruppe der Beschäftigten, die nicht von der Mindestentgeltregelung erfasst wird, wird Bürokratie abgebaut, da die Pflegeeinrichtungen nur noch für diese Beschäftigten verschiedene Entgeltregelungen im Rahmen ihrer Zulassung beachten müssen. Gleichzeitig werden die Beschäftigten, die nicht von der Mindestentgeltregelung erfasst sind, durch die Regelung zur ortsüblichen Vergütung vor Lohndumping geschützt.

2. Wie viele Beschäftigte könnten von der Neuregelung in Form von Lohneinbußen betroffen sein?

3. Wie hoch wären die durchschnittlichen Gehaltseinbußen für die betroffenen Beschäftigten (bitte absolut und prozentual angeben)?

4. Welche Regionen in Deutschland wären besonders von dieser Neuregelung betroffen?

5. Welchen Einfluss hätte die Neuregelung auf das Aufkommen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen?

Die Fragen 2, 3, 4 und 5 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung, dass die Änderung in § 72 Absatz 3 SGB XI einer Regelung zur Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag zu einer Absenkung des Vergütungsniveaus in der Pflegebranche führt.

Vor diesem Hintergrund ist nicht ersichtlich, woraus sich Gehaltseinbußen durch die Neuregelungen ergeben sollen. Die Regelung beinhaltet auch keine regionalen Differenzierungen. Eine Auswirkung auf das Aufkommen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen kann nicht abgeschätzt und daher nicht beziffert werden.

6. Wie haben sich die Reallöhne im Pflegebereich, differenziert nach Qualifikationen, in den vergangenen zehn Jahren pro Jahr durchschnittlich entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

7. Wie hat sich die Vergütung in der Pflegebranche in den vergangenen zehn Jahren in Relation zur Entwicklung der durchschnittlichen Vergütung auf dem deutschen Arbeitsmarkt entwickelt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Fragen 6 und 7 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aus der amtlichen Statistik liefert die Vierteljährliche Verdiensterhebung (VVE) ab dem Jahr 2007 regelmäßig Daten zu Bruttoverdiensten nach Branchen und Leistungsgruppen (Arbeitnehmer mit ähnlichem Qualifikationsprofil des Arbeitsplatzes). Dabei werden allerdings nur Betriebe mit zehn beziehungsweise fünf und mehr Arbeitnehmern und die Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) erfasst.

Aus der nachfolgenden Tabelle können die realen Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen in Preisen von 2005) von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern für alle erfassten Wirtschaftszweige und die Abteilungen Q87/Q88 aus dem Abschnitt Gesundheits- und Sozialwesen entnommen werden. Die Abteilungen Q87/Q88 weichen jedoch von der Definition der Pflegebranche nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und nach der Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche (Pflegearbeitsbedingungenverordnung) ab und erfassen deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Einbeziehung teilzeit- und geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer und eine stärkere Regionalisierung sind mit den vom Statistischen Bundesamt aus der VVE nach Wirtschaftszweigen differenzierten veröffentlichten Daten nicht möglich.

Bruttomonatsverdienste einschl. Sonderzahlungen im Jahresdurchschnitt							
Jahr	Region	Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer					
		Insgesamt	Leistungsgruppe				
			1	2	3	4	5
		EUR in Preisen von 2005					
2011		**B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich**					
	Deutschland	3.307	6.180	3.916	2.745	2.244	1.859
	Früheres Bundesgebiet	3.436	6.352	4.030	2.864	2.327	1.897
	Neue Länder	2.517	4.854	3.101	2.136	1.731	1.529
		Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)					
	Deutschland	2.534	4.186	3.027	2.430	1.864	1.606
	Früheres Bundesgebiet	2.586	4.307	3.097	2.489	1.902	1.617
	Neue Länder	2.089	3.407	2.406	1.967	1.531	1.387
		Q88 Sozialwesen (ohne Heime)					
	Deutschland	2.626	4.290	3.070	2.347	1.765	1.473
	Früheres Bundesgebiet	2.753	4.452	3.171	2.469	1.859	1.500
	Neue Länder	2.135	3.539	2.537	1.972	1.440	1.271
2010		**B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich**					
	Deutschland	3.274	6.095	3.891	2.715	2.221	1.842
	Früheres Bundesgebiet	3.400	6.262	3.999	2.830	2.300	1.881
	Neue Länder	2.506	4.823	3.104	2.125	1.730	1.522
		Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)					
	Deutschland	2.535	4.186	3.045	2.423	1.874	1.661
	Früheres Bundesgebiet	2.589	4.305	3.112	2.483	1.920	1.675
	Neue Länder	2.084	3.404	2.450	1.968	1.511	1.392
		Q88 Sozialwesen (ohne Heime)					
	Deutschland	2.616	4.286	3.065	2.318	1.715	1.443
	Früheres Bundesgebiet	2.739	4.462	3.151	2.438	1.800	1.468
	Neue Länder	2.131	3.484	2.570	1.962	1.432	1.246
2009		**B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich**					
	Deutschland	3.230	6.023	3.844	2.680	2.181	1.804
	Früheres Bundesgebiet	3.351	6.188	3.953	2.791	2.253	1.839
	Neue Länder	2.480	4.759	3.046	2.113	1.746	1.505
		Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)					
	Deutschland	2.548	4.189	3.057	2.422	1.895	1.674
	Früheres Bundesgebiet	2.602	4.322	3.126	2.484	1.936	1.686
	Neue Länder	2.105	3.402	2.447	1.961	1.559	1.401
		Q88 Sozialwesen (ohne Heime)					
	Deutschland	2.632	4.295	3.058	2.320	1.711	1.451
	Früheres Bundesgebiet	2.758	4.479	3.138	2.444	1.778	1.493
	Neue Länder	2.132	3.446	2.558	1.971	1.463	1.231
2008		**B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich**					
	Deutschland	3.225	6.009	3.835	2.699	2.231	1.825
	Früheres Bundesgebiet	3.354	6.187	3.949	2.819	2.308	1.864
	Neue Länder	2.439	4.646	2.997	2.092	1.765	1.486
		Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)					
	Deutschland	2.508	4.113	2.991	2.387	1.876	1.645
	Früheres Bundesgebiet	2.559	4.241	3.053	2.446	1.917	1.658
	Neue Länder	2.097	3.352	2.438	1.961	1.561	1.409
		Q88 Sozialwesen (ohne Heime)					
	Deutschland	2.598	4.225	2.988	2.283	1.726	1.440
	Früheres Bundesgebiet	2.727	4.412	3.068	2.407	1.798	1.508
	Neue Länder	2.078	3.357	2.487	1.914	1.455	1.144
2007		**B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich**					
	Deutschland	3.218	5.916	3.820	2.700	2.246	1.822
	Früheres Bundesgebiet	3.350	6.090	3.936	2.825	2.322	1.860
	Neue Länder	2.413	4.551	2.954	2.070	1.778	1.487
		Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)					
	Deutschland	2.511	4.087	2.973	2.402	1.887	1.671
	Früheres Bundesgebiet	2.558	4.196	3.029	2.458	1.935	1.681
	Neue Länder	2.118	3.401	2.489	1.978	1.538	1.424
		Q88 Sozialwesen (ohne Heime)					
	Deutschland	2.587	4.176	2.962	2.286	1.731	1.430
	Früheres Bundesgebiet	2.722	4.347	3.044	2.427	1.810	1.472
	Neue Länder	2.061	3.355	2.451	1.890	1.446	1.170

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 Reihe 2.3

8. Wie viele Beschäftigte sind seit dem Inkrafttreten des Pflegemindestlohns im Pflegebereich pro Jahr tätig gewesen, und wie viele erhalten seither eine Vergütung in Höhe des sog. Pflegemindestlohns im Sinne der Pflege-ArbbV (bitte differenziert nach Qualifikationsniveaus sowie nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen, Bundesland und Jahren angeben)?

Ende Juni 2011 waren in den Abteilungen Q87 und Q88 nach der WZ-Klassifikation 2008 insgesamt 1 482 600 sozialversicherungspflichtige, 302 800 geringfügig entlohnte und 2 800 kurzfristig Beschäftigte tätig. Die Wirtschaftsabteilungen Heime (Q87) und Sozialwesen (Q88) weichen jedoch von der Definition der Pflegebranche nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und nach der Pflegearbeitsbedingungenverordnung ab und erfassen deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der Tabelle zu Frage 8 in der Anlage sind Angaben in der Differenzierung nach Qualifikationsniveau und Bundesland enthalten. Eine Unterscheidung nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen ist nicht möglich. In der Beschäftigungsstatistik ist es üblich die Ergebnisse für den Juni als Jahreswert heranzuziehen. In der Tabelle wurden als Vergleich auch die Werte für Juni 2010 aufgenommen.

Zur Anzahl derjenigen Beschäftigten, die eine Vergütung in Höhe des Pflege-Mindestlohns erhalten, liegen der Bundesregierung derzeit keine Erkenntnisse vor.

9. Welche Notwendigkeit besteht künftig aus der Sicht der Bundesregierung für Pflegeeinrichtungen und Kostenträger, im Rahmen von Vergütungsverhandlungen höhere Entgelte zu vereinbaren, wenn solche nach der geplanten Neuregelung in § 72 Absatz 3 SGB XI rechtlich nicht mehr erforderlich sind?

10. Ist es die einhellige Meinung der Bundesregierung, dass es keiner Anpassung in § 84 Absatz 2 SGB XI bedürfe, um höhere Entgelte auch zukünftig in den Vergütungsverhandlungen berücksichtigungsfähig zu machen (vgl. die Antwort auf die Schriftliche Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 17/8699)?

11. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, sofern sie an der geplanten Neuregelung in § 72 Absatz 3 SGB XI festhält, dass die Kostenträger zukünftig weiterhin höhere Entgelte bei Vergütungsverhandlungen verbindlich akzeptieren und nicht auf günstigere Pflegeeinrichtungen ausweichen?

Die Fragen 9, 10 und 11 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestentgelts in der Pflege durch die Pflegearbeitsbedingungenverordnung auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes wurde befürchtet, dass sich die Kostenträger bei der Bemessung der Vergütungen zukünftig an den in der Verordnung festgelegten Mindestentgelten orientieren. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, dass nach der höchstrichterlichen Sozialrechtsprechung (vergleiche Urteile des Bundessozialgerichts vom 17. Dezember 2009, Az.: B 3 P 3/08 R, zur ambulanten Pflege und vom 29. Januar 2009, Az.: B 3 P 7/08 R, zur stationären Pflege) die Zahlung von Tariflöhnen ausdrücklich als wirtschaftliche Betriebsführung bezeichnet wird.

Um auch die Kostenträger vor Ort auf die Richtigkeit dieser Vorgehensweise hinzuweisen und unnötige Sozialgerichtsverfahren gegen ablehnende Entschei-

dungen der Kostenträger zu vermeiden, erfolgt mit dem PNG in § 84 Absatz 2 und in § 89 Absatz 1 SGB XI eine entsprechende Klarstellung.

Mit der Regelung wird im Übrigen dem Beschluss des Bundesrates (Bundesratsdrucksache 52/09) vom 13. Februar 2009 zu dieser Frage im Zusammenhang mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz Rechnung getragen.

12. Wie viele Pflegeeinrichtungen gab es 2011, und wie viele Kontrollen zur Einhaltung des Pflegemindestlohns wurden von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit seit dem Bestehen des sog. Pflegemindestlohns pro Jahr in der Pflegebranche durchgeführt (bitte differenziert nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen und Bundesland angeben)?

Zur Gesamtzahl der zugelassenen Pflegeeinrichtungen liegen erst Daten für 2009 vor.

Land	ambulante Pflegeeinrichtungen	stationäre Pflegeeinrichtungen	und zwar nach Art der Leistung[1]		
			vollstationäre Dauerpflege	Kurzzeitpflege	teilstationäre Pflege
Baden-Württemberg	999	1.466	1.363	268	437
Bayern	1.843	1.633	1.476	104	256
Berlin	505	378	299	31	66
Brandenburg	573	369	304	115	114
Bremen [2]	/	/	/	/	/
Hamburg	345	187	166	71	20
Hessen	947	732	672	114	173
Mecklenburg-Vorpommern	424	302	230	21	71
Niedersachsen	1.164	1.477	1.347	64	169
Nordrhein Westfalen	2.259	2.232	2.002	187	319
Rheinland-Pfalz	416	454	425	222	246
Saarland	114	137	131	65	47
Sachsen	997	729	588	119	146
Sachsen-Anhalt	511	438	388	29	61
Schleswig-Holstein	392	664	625	145	57
Thüringen	396	338	280	20	76
Insgesamt	12.026	11.634	10.384	1.588	2.277

Quelle: Statistisches Bundesamt

[1] Pflegeheime mit mehreren Pflegeangeboten sind hier mehrfach berücksichtigt.

[2] Für Bremen sind geschätzte Daten im Deutschlandergebnis enthalten. Die Schätzung ist ausreichend genau für ein sinnvolles Deutschlandergebnis, aber nicht hinreichend genau für eine Beschreibung der Situation in Bremen.

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung hat in der Pflegebranche in den Jahren 2010 und 2011 Prüfungen bei Arbeitgebern wie folgt durchgeführt:

	2. Halbjahr 2010	2011
gesamt	192	2 488
Schleswig-Holstein	20	166
Hamburg	1	24
Niedersachsen	11	251
Bremen	4	22
Nordrhein-Westfalen	21	363
Hessen	8	168
Rheinland-Pfalz	7	84
Baden-Württemberg	15	222
Bayern	27	573
Saarland	0	53
Berlin	0	38
Brandenburg	1	122
Mecklenburg-Vorpommern	22	81
Sachsen	2	212
Sachsen-Anhalt	46	20
Thüringen	7	89

Eine Differenzierung nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen ist anhand der statistischen Auswertungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung nicht möglich.

Da die Pflegearbeitsbedingungenverordnung erst zum 1. August 2010 in Kraft getreten ist, wurde für das Jahr 2010 nur das zweite Halbjahr berücksichtigt.

13. In wie vielen Fällen hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit seit dem Bestehen des Pflegemindestlohns pro Jahr Verstöße festgestellt, und in welcher Höhe wurden pro Jahr Bußgelder, Geld- und Freiheitsstrafen verhängt (bitte differenziert nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen und Bundesland angeben)?

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung hat in der Pflegebranche in den Jahren 2010 und 2011 Ermittlungsverfahren wie folgt abgeschlossen:

	2. Halbjahr 2010	2011
abgeschlossene Ermittlungsverfahren	664	683
davon Mindestlohnverstöße	0	30
Geldbußen und Verfallbeträge	94 745 Euro	70 320 Euro
davon wegen Mindestlohnverstoß	0	17 595 Euro
Geldstrafen*	65 850 Euro	56 654 Euro
Freiheitsstrafen*	2 Jahre	0

* Diese Angaben beziehen sich auf die in einzelnen Strafverfahren von der Landesjustiz zur Verfügung gestellten Daten.

Eine Differenzierung nach kirchlichen, kommunalen und privaten Einrichtungen sowie der Ermittlungsverfahren nach Bundesländern in der Pflegebranche ist anhand der statistischen Auswertungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung nicht möglich.

Da die Pflegearbeitsbedingungenverordnung erst zum 1. August 2010 in Kraft getreten ist, wurde für das Jahr 2010 nur das zweite Halbjahr berücksichtigt.

14. Wie hoch ist die Zahl der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in der Pflegebranche, die in den vergangenen fünf Jahren aufstockendes Arbeitslosengeld II beantragen mussten, um das Existenzminimum zu decken?

Erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende und gleichzeitig ein Bruttoeinkommen aus abhängiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit beziehen. Die Gewährung der Leistungen ist abhängig von der Bedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft in der die erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher leben.

Auswertungen zu sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitslosengeld-II-Beziehern nach Wirtschaftszweigen sind seit 2008 möglich. Im Juni 2011 bezogen rund 17 900 sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte und rund 29 800 sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen 87 und 88 nach der WZ 2008 gleichzeitig Erwerbseinkommen und aufstockende Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Wirtschaftsabteilungen Heime (Q87) und Sozialwesen (Q88) weichen jedoch von der Definition der Pflegebranche nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und nach der Pflegearbeitsbedingungenverordnung ab und erfassen deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Von allen Beschäftigten in diesen Wirtschaftsabteilungen waren von den Vollzeitbeschäftigten 2,3 Prozent und von den Teilzeitbeschäftigten 4,4 Prozent auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen. Im Vergleich zu 2008 haben sich die absolute Zahl und der Anteil bei den Vollzeitbeschäftigten verringert und bei den Teilzeitbeschäftigten erhöht.

Daten zur Beschäftigung von erwerbsfähigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern insgesamt und in der Pflegebranche sind der Tabelle zu Frage 14 in der Anlage zu entnehmen.

Hierbei ist zu beachten, dass es beschäftigte Arbeitslosengeld-II-Bezieher gibt, die kein Bruttoerwerbseinkommen beziehen. Gründe dafür sind insbesondere Beschäftigungsverhältnisse ohne Lohnzahlung (z. B. Krankengeld oder Elternzeit), zeitweiliger Lohnausfall sowie verzögerte Abmeldungen von Beschäftigungsverhältnissen, aber auch das Auseinanderfallen von Beschäftigungszeitraum und monatlichem Einkommenszufluss. Als sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitslosengeld-II-Empfänger werden nur die Personen gezählt, für die auch im Monat des Leistungsbezugs ein Zufluss von Bruttoerwerbseinkommen vorliegt. Über Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit einem Beschäftigungsverhältnis, aber ohne zeitgleichem Zufluss von Bruttoerwerbseinkommen, wird in der Tabelle nachrichtlich berichtet.

15. Wie hoch ist die Zahl der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in der Pflegebranche, die in den vergangenen fünf Jahren zusätzlich einen Minijob ausüben mussten, um ein angemessenes Gehalt zu erreichen?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Daten vor.

16. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Entlohnung im Pflegebereich und der Attraktivität von Pflegeberufen?

    Wenn ja, aus welchen Gründen ist die Bundesregierung der Auffassung, dass durch die geplante Neuregelung die Attraktivität von Pflegeberufen, insbesondere von Pflegefachkräften, erhöht bzw. erhalten wird?

    Wenn nein, warum nicht?

Angemessene Arbeitsbedingungen spielen für die Attraktivität des Pflegeberufs eine wichtige Rolle.

Zur Intention der Neuregelung in § 72 Absatz 3 SGB XI wird auf die Ausführungen zu Frage 1 sowie im Übrigen auf die Klarstellungen in den §§ 84 und 89 SGB XI und die Ausführungen dazu zu den Fragen 9, 10 und 11 verwiesen.

17. Wie werden sich nach der Ansicht der Bundesregierung der Fachkräftebedarf und die Fachkräftelücke in der Pflegebranche in den kommenden zehn Jahren entwickeln, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Attraktivität von Pflegeberufen zu erhöhen?

In Deutschland leben zurzeit rund 2,46 Millionen Pflegebedürftige. Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Bei konstanter Pflegewahrscheinlichkeit würde die Zahl der Pflegebedürftigen in der sozialen Pflegeversicherung beispielsweise bis zum Jahr 2020 um rd. 450 0000 auf rd. 2,91 Millionen steigen, d. h. um fast 20 Prozent zunehmen (Quelle: Statistisches Bundesamt). Daraus leitet sich in Zukunft ein steigender Bedarf an Pflegekräften, insbesondere an Pflegefachkräften ab. In verschiedenen wissenschaftlichen Studien wurden Prognosen erstellt oder aufgrund unterschiedlicher Projektionen Szenarien beschrieben. Insgesamt wird deutlich, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht, um den Ersatz- und Expansionsbedarf an Pflegekräften in den kommenden Jahrzehnten, in denen die demographischen Effekte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt weiter zunehmen werden, decken zu können.

Die Bundesregierung hat bereits eine Vielzahl von Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräftebasis in der Altenpflege ergriffen. Es ist unter anderem gelungen, die Attraktivität des Ausbildungsberufs der Altenpflegerin und des Altenpflegers deutlich zu erhöhen. Im Schuljahr 2010/2011 konnten mit insgesamt 56 600 Schülerinnen und Schülern und 23 700 Neueintritten Spitzenwerte in der Altenpflegeausbildung erreicht werden.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und Verbänden eine „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ auf den Weg gebracht. Ziel dieser konzertierten Aktion ist es, mit möglichst konkreten Maßnahmen die Kräfte aller Beteiligten im Berufsfeld Altenpflege zu bündeln, die Aus- und Weiterbildung der Altenpflege zu stärken und die Attraktivität des Beschäftigungsfeldes zu steigern. Eine Vereinbarung hierüber soll noch in der ersten Jahreshälfte 2012 unterzeichnet werden.

Grundlegend für ein attraktives Beschäftigungsfeld ist darüber hinaus eine zukunftsgerechte Berufsausbildung. Die Bundesregierung strebt deshalb die Weiterentwicklung der Pflegeberufe an. Altenpflegeausbildung, Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung sowie Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeausbildung sollen in einem neuen Berufsgesetz zusammengeführt werden. Das kürzlich unter gemeinsamer Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegte Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung

der Pflegeberufe“ soll die Grundlage für den weiteren Diskussionsprozess zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs bilden.

Auch die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Berufsabschlüssen werden das inländische Fachkräftepotential in der Altenpflege im Hinblick auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel sinnvoll ergänzen. Nicht zuletzt werden die im Regierungsentwurf eines Pflege-Neuausrichtungs-Gesetzes vorgesehenen Maßnahmen auch zur Entlastung der Pflegekräfte in den Diensten und Einrichtungen führen und so zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes Pflege beitragen.

Tabelle zu Frage 8: Beschäftigte in der Pflegebranche nach Beschäftigungsform und Qualifikation

30. Juni 2010 und 30. Juni 2011

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
30.06.2010	Deutschland	Insgesamt	Insgesamt	27.710.487	7.274.398	4.916.487	2.357.911	409.566	354.702	54.864
			87+88	1.426.640	292.935	188.740	104.195	3.459	2.959	500
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	16.042.187	1.766.298	1.120.456	645.842	27.113	19.897	7.216
			87+88	901.034	125.590	74.702	50.888	696	467	229
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	3.856.768	1.002.997	729.602	273.395	93.105	84.622	8.483
			87+88	212.221	53.361	39.170	14.191	1.712	1.607	105
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	2.940.369	142.256	82.681	59.575	3.330	2.543	787
			87+88	125.765	8.293	4.369	3.924	56	44	12
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	4.871.163	4.362.847	2.983.748	1.379.099	286.018	247.640	38.378
			87+88	187.620	105.691	70.499	35.192	995	841	154
	01 Schleswig-Holstein	Insgesamt	Insgesamt	824.505	258.011	176.136	81.875	10.657	9.327	1.330
			87+88	56.212	13.657	8.714	4.943	86	68	18
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	464.755	53.137	33.619	19.518	1.544	1.222	322
			87+88	33.819	5.004	2.832	2.172	13	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	99.870	22.864	17.090	5.774	1.797	1.660	137
			87+88	6.688	1.491	1.057	434	31	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	55.357	3.670	2.175	1.495	125	103	22
			87+88	2.858	236	112	124			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	204.523	178.340	123.252	55.088	7.191	6.342	849
			87+88	12.847	6.926	4.713	2.213	42	32	10
	02 Hamburg	Insgesamt	Insgesamt	820.220	162.565	101.791	60.774	3.874	2.715	1.159
			87+88	30.447	7.352	4.034	3.318	29	25	4
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	405.288	26.585	15.220	11.365	240	143	97
			87+88	15.293	2.157	1.021	1.136	*	*	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	91.850	18.727	12.613	6.114	841	612	229
			87+88	4.419	1.033	672	361	7	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	112.315	3.714	2.099	1.615	119	85	34
			87+88	2.933	192	96	96	*	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	210.767	113.539	71.859	41.680	2.674	1.875	799
			87+88	7.802	3.970	2.245	1.725	16	*	*

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	03 Niedersachsen	Insgesamt	Insgesamt	2.455.391	733.199	515.238	217.961	39.938	35.042	4.896
			87+88	143.323	33.370	22.140	11.230	487	444	43
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	1.479.479	171.404	112.732	58.672	2.370	1.785	585
			87+88	88.812	13.799	8.410	5.389	*	*	14
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	327.546	85.553	63.966	21.587	7.962	7.362	600
			87+88	20.249	5.883	4.310	1.573	182	171	11
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	206.137	16.110	10.233	5.877	312	236	76
			87+88	10.925	861	442	419	*	*	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	442.229	460.132	328.307	131.825	29.294	25.659	3.635
			87+88	23.337	12.827	8.978	3.849	256	238	18
	04 Bremen	Insgesamt	Insgesamt	284.553	70.923	47.541	23.382	3.615	3.277	338
			87+88	13.533	3.171	1.689	1.482	14	9	5
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	155.023	11.857	7.455	4.402	101	82	19
			87+88	7.270	1.306	606	700	3	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	34.535	7.844	5.841	2.003	428	369	59
			87+88	1.747	421	263	158	8	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	34.174	1.345	749	596	14	6	8
			87+88	2.110	193	83	110			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	60.821	49.877	33.496	16.381	3.072	2.820	252
			87+88	2.406	1.251	737	514	3	3	
	05 Nordrhein-Westfalen	Insgesamt	Insgesamt	5.820.035	1.781.037	1.253.265	527.772	75.394	64.947	10.447
			87+88	322.243	81.632	54.839	26.793	551	484	67
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	3.198.209	363.572	241.183	122.389	3.548	2.431	1.117
			87+88	202.885	34.167	21.241	12.926	132	92	40
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	906.715	239.847	180.201	59.646	17.840	16.115	1.725
			87+88	55.043	18.710	14.119	4.591	301	287	14
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	590.316	28.695	16.398	12.297	315	229	86
			87+88	29.530	2.233	1.270	963	8	8	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	1.124.795	1.148.923	815.483	333.440	53.691	46.172	7.519
			87+88	34.785	26.522	18.209	8.313	110	97	13
	06 Hessen	Insgesamt	Insgesamt	2.185.899	564.420	372.749	191.671	23.461	20.173	3.288
			87+88	97.085	23.491	14.168	9.323	255	209	46
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	1.207.637	135.942	84.557	51.385	1.225	821	404
			87+88	56.437	9.130	4.991	4.139	*	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	301.609	82.775	59.493	23.282	3.865	3.372	493
			87+88	15.478	3.882	2.647	1.235	113	96	17
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	273.003	11.648	6.688	4.960	230	195	35
			87+88	10.985	896	473	423	*	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	403.650	334.055	222.011	112.044	18.141	15.785	2.356
			87+88	14.185	9.583	6.057	3.526	104	86	18

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	07 Rheinland-Pfalz	Insgesamt	Insgesamt	1.217.744	373.825	254.498	119.327	28.734	24.661	4.073
			87+88	65.997	13.275	8.846	4.429	97	82	15
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	736.595	99.106	62.456	36.650	1.947	1.470	477
			87+88	42.411	5.402	3.242	2.160	19	15	4
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	201.340	53.886	39.409	14.477	4.413	4.022	391
			87+88	11.837	2.831	2.183	648	46	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	97.110	5.878	3.299	2.579	153	114	39
			87+88	5.662	305	153	152	4	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	182.699	214.955	149.334	65.621	22.221	19.055	3.166
			87+88	6.087	4.737	3.268	1.469	28	20	8
	08 Baden-Württemberg	Insgesamt	Insgesamt	3.887.750	1.112.377	696.433	415.944	67.459	59.931	7.528
			87+88	163.117	38.017	23.644	14.373	780	673	107
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	2.262.342	300.191	175.652	124.539	5.291	4.032	1.259
			87+88	100.145	16.910	9.335	7.575	136	85	51
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	680.821	203.903	141.914	61.989	20.732	18.957	1.775
			87+88	34.860	7.930	5.688	2.242	451	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	444.127	21.453	12.310	9.143	561	419	142
			87+88	13.149	897	490	407	12	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	500.460	586.830	366.557	220.273	40.875	36.523	4.352
			87+88	14.963	12.280	8.131	4.149	181	149	32
	09 Bayern	Insgesamt	Insgesamt	4.567.987	1.194.602	750.311	444.291	75.629	63.846	11.783
			87+88	198.659	39.664	23.588	16.076	729	590	139
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	2.694.534	330.088	197.085	133.003	6.373	4.236	2.137
			87+88	130.113	19.378	10.477	8.901	202	131	71
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	703.689	175.184	123.205	51.979	14.655	13.394	1.261
			87+88	33.066	6.521	4.688	1.833	372	350	22
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	480.807	22.704	12.802	9.902	699	564	135
			87+88	17.453	1.093	531	562	18	12	6
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	688.957	666.626	417.219	249.407	53.902	45.652	8.250
			87+88	18.027	12.672	7.892	4.780	137	97	40
	10 Saarland	Insgesamt	Insgesamt	349.541	98.260	70.547	27.713	2.734	2.314	420
			87+88	18.834	4.638	3.388	1.250	22	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	210.674	25.245	16.960	8.285	182	133	49
			87+88	11.687	2.036	1.386	650	3	3	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	54.608	13.501	10.232	3.269	1.400	1.285	115
			87+88	3.562	1.192	960	232	15	15	
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	29.123	1.728	986	742	78	58	20
			87+88	1.984	88	53	35			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	55.136	57.786	42.369	15.417	1.074	838	236
			87+88	1.601	1.322	989	333	4	*	*

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	11 Berlin	Insgesamt	Insgesamt	1.123.165	214.886	149.582	65.304	11.572	10.003	1.569
			87+88	79.482	9.845	5.760	4.085	98	84	14
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	512.110	28.492	17.111	11.381	331	246	85
			87+88	38.860	2.757	1.419	1.338	31	22	9
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	122.629	23.219	16.423	6.796	1.222	1.030	192
			87+88	8.252	1.214	818	396	34	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	166.474	5.941	3.345	2.596	185	132	53
			87+88	10.725	518	229	289	4	4	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	321.952	157.234	112.703	44.531	9.834	8.595	1.239
			87+88	21.645	5.356	3.294	2.062	29	*	*
	12 Brandenburg	Insgesamt	Insgesamt	750.998	137.398	102.427	34.971	11.436	10.394	1.042
			87+88	45.892	5.444	3.896	1.548	61	52	9
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	462.781	34.859	24.687	10.172	487	393	94
			87+88	32.786	2.593	1.844	749	12	7	5
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	59.463	15.642	12.327	3.315	5.381	5.078	303
			87+88	2.985	477	372	105	35	32	3
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	72.467	3.226	1.987	1.239	27	21	6
			87+88	3.488	178	95	83			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	156.287	83.671	63.426	20.245	5.541	4.902	639
			87+88	6.633	2.196	1.585	611	14	*	*
	13 Mecklenburg-Vorpommern	Insgesamt	Insgesamt	525.751	89.354	66.249	23.105	8.486	7.666	820
			87+88	32.310	3.915	2.977	938	21	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	331.882	25.690	18.027	7.663	385	339	46
			87+88	23.804	2.091	1.587	504	4	4	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	43.021	7.026	5.491	1.535	991	911	80
			87+88	1.992	287	235	52	8	8	
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	47.288	2.171	1.267	904	45	36	9
			87+88	2.133	115	52	63			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	103.560	54.467	41.464	13.003	7.065	6.380	685
			87+88	4.381	1.422	1.103	319	9	*	*
	14 Sachsen	Insgesamt	Insgesamt	1.409.825	242.209	179.480	62.729	27.582	24.195	3.387
			87+88	77.651	7.838	5.558	2.280	138	116	22
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	909.547	82.202	58.273	23.929	1.623	1.341	282
			87+88	55.688	4.297	3.077	1.220	40	26	14
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	108.269	27.757	21.773	5.984	8.061	7.191	870
			87+88	5.970	765	609	156	62	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	187.279	7.085	4.146	2.939	188	149	39
			87+88	5.997	231	136	95	4	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	204.730	125.165	95.288	29.877	17.710	15.514	2.196
			87+88	9.996	2.545	1.736	809	32	27	5

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	15 Sachsen-Anhalt	Insgesamt	Insgesamt	749.102	118.230	89.998	28.232	7.713	6.799	914
			87+88	42.372	3.481	2.582	899	55	49	6
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	505.336	36.076	26.364	9.712	592	502	90
			87+88	31.605	2.020	1.495	525	6	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	61.661	12.396	9.554	2.842	1.457	1.336	121
			87+88	3.277	308	242	66	29	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	68.010	3.089	1.847	1.242	47	30	17
			87+88	2.628	108	60	48			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	114.095	66.669	52.233	14.436	5.617	4.931	686
			87+88	4.862	1.045	785	260	20	17	3
	16 Thüringen	Insgesamt	Insgesamt	738.021	123.102	90.242	32.860	11.282	9.412	1.870
			87+88	39.483	4.145	2.917	1.228	36	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	505.995	41.852	29.075	12.777	874	721	153
			87+88	29.419	2.543	1.739	804	8	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	59.142	12.873	10.070	2.803	2.060	1.928	132
			87+88	2.796	416	307	109	18	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	76.382	3.799	2.350	1.449	232	166	66
			87+88	3.205	149	94	55			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	96.502	64.578	48.747	15.831	8.116	6.597	1.519
			87+88	4.063	1.037	777	260	10	10	
30.06.2011	Deutschland	Insgesamt	Insgesamt	28.381.343	7.386.881	4.894.322	2.492.559	402.758	344.919	57.839
			87+88	1.482.587	302.818	192.836	109.982	2.764	2.292	472
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	16.259.930	1.789.566	1.107.450	682.116	24.982	17.446	7.536
			87+88	933.591	130.152	76.701	53.451	502	334	168
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	3.819.222	990.276	712.370	277.906	97.035	87.344	9.691
			87+88	213.882	53.836	39.162	14.674	1.299	1.192	107
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	3.070.178	153.933	88.719	65.214	3.762	2.779	983
			87+88	132.156	8.884	4.598	4.286	64	46	18
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	5.232.013	4.453.106	2.985.783	1.467.323	276.979	237.350	39.629
			87+88	202.958	109.946	72.375	37.571	899	720	179
	01 Schleswig-Holstein	Insgesamt	Insgesamt	842.006	262.613	176.585	86.028	11.555	10.134	1.421
			87+88	59.716	13.746	8.710	5.036	85	79	6
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	470.502	54.721	34.006	20.715	1.573	1.249	324
			87+88	36.037	5.140	2.881	2.259	15	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	97.768	24.142	18.011	6.131	2.274	2.075	199
			87+88	7.315	1.523	1.075	448	18	18	
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	57.322	3.891	2.326	1.565	130	109	21
			87+88	3.003	256	127	129			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	216.414	179.859	122.242	57.617	7.578	6.701	877
			87+88	13.361	6.827	4.627	2.200	52	*	*

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	02 Hamburg	Insgesamt	Insgesamt	835.148	163.840	101.530	62.310	3.841	2.685	1.156
			87+88	32.032	7.389	4.013	3.376	21	15	6
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	408.939	27.332	15.387	11.945	419	237	182
			87+88	16.209	2.246	1.069	1.177	*	*	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	90.659	18.662	12.548	6.114	671	495	176
			87+88	4.430	1.000	659	341	5	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	117.952	3.988	2.197	1.791	75	59	16
			87+88	3.179	215	98	117	*	*	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	217.598	113.858	71.398	42.460	2.676	1.894	782
			87+88	8.214	3.928	2.187	1.741	11	*	*
	03 Niedersachsen	Insgesamt	Insgesamt	2.531.297	746.846	514.804	232.042	39.740	34.333	5.407
			87+88	149.529	34.678	22.705	11.973	229	190	39
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	1.503.397	173.975	111.819	62.156	2.101	1.491	610
			87+88	92.364	14.745	8.898	5.847	*	*	16
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	329.658	84.800	62.565	22.235	7.085	6.451	634
			87+88	20.608	5.956	4.338	1.618	108	100	8
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	217.714	17.398	10.851	6.547	341	244	97
			87+88	11.524	931	465	466	*	*	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	480.528	470.673	329.569	141.104	30.213	26.147	4.066
			87+88	25.033	13.046	9.004	4.042	71	56	15
	04 Bremen	Insgesamt	Insgesamt	291.062	70.465	46.319	24.146	3.370	3.089	281
			87+88	13.458	3.220	1.778	1.442	7	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	155.593	11.854	7.289	4.565	86	60	26
			87+88	7.200	1.257	588	669	*		*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	34.969	7.388	5.327	2.061	313	262	51
			87+88	1.617	456	301	155	*	4	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	35.445	1.480	838	642	14	11	3
			87+88	2.094	192	84	108			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	65.055	49.743	32.865	16.878	2.957	2.756	201
			87+88	2.547	1.315	805	510	*	*	
	05 Nordrhein-Westfalen	Insgesamt	Insgesamt	5.963.603	1.808.443	1.252.832	555.611	70.542	60.278	10.264
			87+88	336.640	84.125	55.755	28.370	379	304	75
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	3.229.070	364.095	236.357	127.738	3.205	2.112	1.093
			87+88	210.179	34.882	21.425	13.457	88	52	36
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	908.458	240.973	179.352	61.621	15.757	14.048	1.709
			87+88	56.711	18.843	14.103	4.740	172	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	618.271	31.005	17.615	13.390	411	304	107
			87+88	30.833	2.382	1.329	1.053	6	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	1.207.804	1.172.370	819.508	352.862	51.169	43.814	7.355
			87+88	38.917	28.018	18.898	9.120	113	87	26

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	06 Hessen	Insgesamt	Insgesamt	2.233.410	571.447	370.427	201.020	25.906	22.383	3.523
			87+88	100.761	24.240	14.529	9.711	267	222	45
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	1.221.653	137.984	84.063	53.921	1.253	862	391
			87+88	58.109	9.330	5.142	4.188	23	18	5
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	296.743	78.852	55.721	23.131	5.782	5.083	699
			87+88	15.748	4.104	2.820	1.284	142	121	21
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	283.176	12.406	7.022	5.384	224	166	58
			87+88	11.446	894	450	444	6	6	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	431.838	342.205	223.621	118.584	18.647	16.272	2.375
			87+88	15.458	9.912	6.117	3.795	96	77	19
	07 Rheinland-Pfalz	Insgesamt	Insgesamt	1.247.599	382.228	256.218	126.010	29.880	25.597	4.283
			87+88	68.520	14.001	9.157	4.844	141	117	24
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	749.740	100.583	61.911	38.672	1.981	1.515	466
			87+88	43.510	5.583	3.247	2.336	*	*	9
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	198.115	53.251	38.797	14.454	5.461	5.080	381
			87+88	11.779	2.961	2.250	711	43	40	3
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	101.669	6.293	3.530	2.763	210	168	42
			87+88	6.020	329	161	168	*	*	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	198.075	222.101	151.980	70.121	22.228	18.834	3.394
			87+88	7.211	5.128	3.499	1.629	69	57	12
	08 Baden-Württemberg	Insgesamt	Insgesamt	3.983.847	1.139.402	695.766	443.636	69.503	60.905	8.598
			87+88	168.898	39.374	24.104	15.270	648	558	90
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	2.298.574	304.866	173.165	131.701	4.204	2.834	1.370
			87+88	104.114	17.629	9.621	8.008	81	50	31
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	674.054	201.058	138.607	62.451	23.387	21.226	2.161
			87+88	34.623	7.873	5.569	2.304	356	333	23
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	464.633	23.721	13.346	10.375	673	498	175
			87+88	13.657	960	487	473	16	12	4
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	546.586	609.757	370.648	239.109	41.239	36.347	4.892
			87+88	16.504	12.912	8.427	4.485	195	163	32
	09 Bayern	Insgesamt	Insgesamt	4.703.313	1.218.327	747.923	470.404	76.337	63.369	12.968
			87+88	206.076	41.561	24.624	16.937	643	519	124
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	2.744.596	338.834	197.109	141.725	6.166	3.912	2.254
			87+88	135.129	20.347	11.079	9.268	136	87	49
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	702.920	171.605	118.829	52.776	16.864	15.079	1.785
			87+88	32.756	6.482	4.585	1.897	316	297	19
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	507.025	24.380	13.693	10.687	809	583	226
			87+88	18.308	1.183	578	605	17	9	8
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	748.772	683.508	418.292	265.216	52.498	43.795	8.703
			87+88	19.883	13.549	8.382	5.167	174	126	48

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	10 Saarland	Insgesamt	Insgesamt	358.189	98.731	69.724	29.007	3.284	2.865	419
			87+88	19.442	4.595	3.326	1.269	25	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	214.206	25.463	16.877	8.586	189	133	56
			87+88	12.057	2.045	1.387	658	*	*	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	54.914	13.772	10.341	3.431	2.080	1.916	164
			87+88	3.522	1.176	943	233	19	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	29.578	1.779	1.043	736	99	77	22
			87+88	2.114	105	70	35			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	59.491	57.717	41.463	16.254	916	739	177
			87+88	1.749	1.269	926	343	*	*	
	11 Berlin	Insgesamt	Insgesamt	1.151.344	215.912	147.841	68.071	7.664	6.204	1.460
			87+88	80.980	10.330	5.868	4.462	111	82	29
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	519.965	29.457	17.263	12.194	307	203	104
			87+88	39.773	3.148	1.588	1.560	24	11	13
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	119.863	23.036	16.105	6.931	1.716	1.495	221
			87+88	7.920	1.275	860	415	45	35	10
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	175.451	6.533	3.687	2.846	198	125	73
			87+88	11.265	565	247	318	7	4	3
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	336.065	156.886	110.786	46.100	5.443	4.381	1.062
			87+88	22.022	5.342	3.173	2.169	35	32	3
	12 Brandenburg	Insgesamt	Insgesamt	763.313	138.430	100.784	37.646	12.318	11.356	962
			87+88	48.102	5.669	4.008	1.661	67	59	8
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	467.345	34.624	23.929	10.695	409	314	95
			87+88	34.001	2.653	1.871	782	12	9	3
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	55.886	15.278	11.788	3.490	5.288	5.026	262
			87+88	2.960	531	390	141	33	30	3
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	74.346	3.550	2.140	1.410	39	35	4
			87+88	3.774	198	112	86	3	3	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	165.736	84.978	62.927	22.051	6.582	5.981	601
			87+88	7.367	2.287	1.635	652	19	*	*
	13 Mecklenburg-Vorpommern	Insgesamt	Insgesamt	529.185	90.270	65.898	24.372	8.695	7.795	900
			87+88	33.759	4.165	3.139	1.026	19	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	332.742	26.284	18.141	8.143	394	344	50
			87+88	24.522	2.089	1.595	494	7	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	38.794	6.840	5.385	1.455	938	872	66
			87+88	2.145	292	236	56	*	*	
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	48.617	2.317	1.325	992	51	40	11
			87+88	2.334	123	63	60	*	*	
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	109.032	54.829	41.047	13.782	7.312	6.539	773
			87+88	4.758	1.661	1.245	416	7	7	

Stichtag	Polit Gebietsstruktur (Arbeitsort (AO))	Ausbildung	WZ 2008	Sv-pflichtig Beschäftigte	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich KfB	im Nebenjob KfB
				1	2	3	4	5	6	7
	14 Sachsen	Insgesamt	Insgesamt	1.437.256	240.784	173.951	66.833	22.875	19.552	3.323
			87+88	79.074	7.869	5.515	2.354	69	61	8
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	921.482	81.745	56.440	25.305	1.368	1.083	285
			87+88	56.971	4.393	3.051	1.342	27	*	*
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	101.338	27.423	21.166	6.257	6.887	5.934	953
			87+88	5.687	714	545	169	17	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	191.741	7.770	4.584	3.186	228	171	57
			87+88	6.286	251	144	107	4	*	*
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	222.695	123.846	91.761	32.085	14.392	12.364	2.028
			87+88	10.130	2.511	1.775	736	21	17	4
	15 Sachsen-Anhalt	Insgesamt	Insgesamt	758.839	117.278	87.419	29.859	7.245	6.232	1.013
			87+88	43.736	3.647	2.703	944	30	19	11
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	507.981	35.944	25.702	10.242	598	500	98
			87+88	32.532	2.108	1.548	560	*	*	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	59.199	11.757	9.085	2.672	1.183	1.081	102
			87+88	3.245	294	236	58	*	3	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	68.539	3.254	1.932	1.322	44	29	15
			87+88	2.756	126	72	54			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	123.120	66.323	50.700	15.623	5.420	4.622	798
			87+88	5.203	1.119	847	272	25	*	*
	16 Thüringen	Insgesamt	Insgesamt	751.932	121.865	86.301	35.564	10.003	8.142	1.861
			87+88	41.864	4.209	2.902	1.307	23	*	*
		mit Berufsausbildung	Insgesamt	514.145	41.805	27.992	13.813	729	597	132
			87+88	30.884	2.557	1.711	846	6	6	
		ohne Berufsausbildung	Insgesamt	55.884	11.439	8.743	2.696	1.349	1.221	128
			87+88	2.816	356	252	104	12	*	*
		Fach- und Hochschulabschluss	Insgesamt	78.699	4.168	2.590	1.578	216	160	56
			87+88	3.563	174	111	63			
		keine Zuordnung möglich	Insgesamt	103.204	64.453	46.976	17.477	7.709	6.164	1.545
			87+88	4.601	1.122	828	294	5	*	*

Erstellungsdatum: 03.04.2012, Statistik Datenzentrum

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Pflegebranche = Wirtschaftsabteilungen "Heime" (87) und "Sozialwesen" (88).

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Tabelle zu Frage 14: Beschäftigung von erwerbsfähigen Arbeitslosengeld II-Bezieher insgesamt und in der Pflegebranche

Deutschland

Berichtsmonate Juni 2008 bis Juni 2011; Datenstand: April 2012

Berichtsmonat	ausgewählte Regionen/ Wirtschaftszweige WZ 2008	Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte [1]					Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte [1]				
		alle Beschäftigten	dar. ALG II-Bezieher		Anteil beschäftigter Alg II-Bezieher an allen Beschäftigten	Anteil beschäftigter Alg II-Bezieher mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit an allen Beschäftigten	alle Beschäftigten	dar. ALG II-Bezieher		Anteil beschäftigter Alg II-Bezieher an allen Beschäftigten	Anteil beschäftigter Alg II-Bezieher mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit an allen Beschäftigten
			Insgesamt	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit				Insgesamt	dar. mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit		
		absolut	absolut	absolut	in % (Sp.2 an Sp.1)	in % (Sp.3 an Sp.1)	absolut	absolut	absolut	in % (Sp.7 an Sp.6)	in % (Sp.8 an Sp.6)
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Jun 08	insgesamt	22.268.510	518.389	400.550	2,3	1,8	4.936.796	237.475	201.672	4,8	4,1
	87 + 88	717.573	25.241	19.727	3,5	2,7	548.178	25.639	22.445	4,7	4,1
Jun 09	insgesamt	21.985.493	427.665	334.639	1,9	1,5	5.130.829	241.477	206.652	4,7	4,0
	87 + 88	751.982	25.473	20.476	3,4	2,7	592.192	27.909	24.698	4,7	4,2
Jun 10	insgesamt	22.131.024	461.634	350.759	2,1	1,6	5.314.625	262.012	226.775	4,9	4,3
	87 + 88	779.598	25.590	20.630	3,3	2,6	639.657	31.320	28.082	4,9	4,4
Jun 11	insgesamt	22.506.765	424.699	328.599	1,9	1,5	5.592.184	276.589	241.273	4,9	4,3
	87 + 88	791.902	22.423	17.889	2,8	2,3	682.557	33.305	29.773	4,9	4,4

[1] Beschäftige im Alter von 15 bis 64 Jahre nach Wohnort in Deutschland.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Pflegebranche = Wirtschaftsabteilungen "Heime" (87) und "Sozialwesen" (88).

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333